

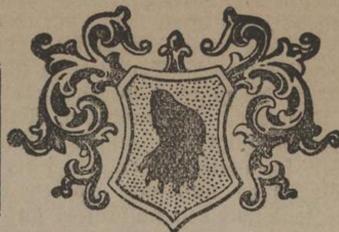
Pulsnitzer Wochenblatt

Preisnehmer 18. Tel.-Nr.: Wochenblatt Pulsnitz
Postfach-Konto Dresden 2138. Giro-Konto 146

Bezirksanzeiger

und Zeitung

Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz



Ersteinst: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend.
Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungsanstaltungen hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — 1/2 monatlich M 250 000 bei freier Zustellung; bei Abholung 1/2 monatlich M 245 000; durch die Post monatlich M — freibleibend.

Die sechsmal gespalt. Beitzelle (Rost's Zeilenmaß 14) M 20000, im Bezirke der Amtshauptmannschaft M 15000. Amtliche Zeile M 60000 u. M 45000. Reklame M 41000. Zeitrauber und tabellarischer Satz mit 25 % Aufschlag. Bei späterer Zahlung müssen wir uns Umrechnung in den jeweiligen Tagespreis vorbehalten. — Bei zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlaß in Rechnung. —

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach.

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortsgemeinden des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz M. S., Bollung, Großröhrsdorf, Bretzig, Hauswalde, Ohorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Bichtenberg, Klein-Dittmannsdorf.
Geschäftsstelle: Pulsnitz, Bismarckplatz Nr. 365. Druck und Verlag von E. F. Dörfers Erben (Inh. J. W. Mohr) Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz.

Nummer 97.

Donnerstag, den 16. August 1923.

75. Jahrgang

Amtlicher Teil.

Auf Blatt 439 des Handelsregisters ist heute eingetragen worden:
Firma **Moz Kammer, Kommanditgesellschaft**. Ihr Sitz ist in Pulsnitz. Persönlich haltender Gesellschafter ist der Kaufmann **Moz Otto Kammer** in Pulsnitz. Die Gesellschaft hat am 1. Januar 1923 begonnen. Weiter ist der Eintritt von vier Kommanditisten eingetragen worden.
Amtsgericht Pulsnitz, am 6. August 1923.

Inserate für alle Zeitungen

vermittelt vollständig kostenlos

Verlag des „Pulsnitzer Wochenblattes“.

Das Wichtigste.

Die Wochenindex des statistischen Reichsamtes betrug in der Woche vom 7. zum 13. August 436 935, das ist eine wöchentliche Steigerung um 192,2 %.
Die gewaltsamen Beschlagnahmen von Getreide, Vieh und Lebensmitteln auf den Gütern der Oberlausitz werden fortgesetzt. Dem neuen Reichskabinett ist in der Reichstagsitzung am Dienstag mit 240 gegen 76 Stimmen bei 25 Enthaltungen das Vertrauen ausgesprochen worden.
Die Reichsregierung hat beschlossen, vorübergehend alle Sachlieferungen an die Alliierten einzustellen.
Im Reichstag wurde vorgestern die Goldanleihe in der Ausschussfassung in 2. und 3. Lesung angenommen.
Der Reichsrat hält zur Deckung des Defizits der Reichspost eine Erhöhung des Fernbriefpostens auf 20 000 Mark für erforderlich.
Die kommunistische Generalstreikpropaganda kann als mißlungen gelten. Vorgestern vormittag beschlossen in Berlin die Betriebsräte der Kommunistischen Partei den Streik abzubrechen und am Mittwoch die Arbeit wieder aufzunehmen.
Die Banknotenherstellung in der Reichsdruckerei erfolgt wieder in normalem Umfang.
Der Reichslandbund fordert seine Mitglieder auf, die Städte so reichlich als möglich mit Kartoffeln und Vieh zu beliefern. In Waschen der Belagerungszustand verhängt worden.
Die das „Berliner Tageblatt“ mittelst, dürfte der Abgeordnete Dr. Höpfe zum Reichspostminister ernannt werden.

Dr. Stresemann vor dem Reichstag.

Vorstellung des neuen Kabinetts.
Berlin, 14. August. Der Druck der Not und die nach innen und außen so überaus gespannte Lage hat es zugeführt, daß die diesmalige Kabinettskrise in einer weit kürzeren Zeit überwunden wurde als früher. Unter dem sachlichen Eindruck der Not dieser Zeit und der Anspannung aller Kräfte zu ihrer Bekämpfung stand auch die heutige Reichstagsitzung und die Antrittsrede des neuen Reichskanzlers Dr. Stresemann. Das Haus war wieder bis auf den letzten Platz gefüllt. Auf der Regierungsbank hatte das neue Kabinettsmitglied Platz genommen. Mit äußerster Spannung sah man dieser Sitzung entgegen, denn man wußte, daß es ein sehr schweres Stück Arbeit gewesen war, die Parteien von der Sozialdemokratischen bis zur Volkspartei auf ein einheitliches Programm zu einigen. Der neue Kanzler hat daher auch ganz sinngemäß darauf verzichtet, eine lange und breite Programmrede mit Erörterung aller Einzelheiten zu halten, sondern hat sich darauf beschränkt, in einer kurzen prägnanten Ansprache die Hauptgesichtspunkte in den Vordergrund zu stellen, nach denen sich die politische Arbeit nach innen und außen im gegenwärtigen Augenblick richten muß. Denn über diese Hauptgesichtspunkte besteht innerhalb der großen Koalition, die nun ins Leben gerufen ist, volle Einmütigkeit.
Besonders fesselnd wurde diese Sitzung durch die Persönlichkeit des neuen Kanzlers, der als temperamentvoller Parlamentarier in seiner langen Amtszeit, und der, wie man wußte, gerade heute, in Folge der Verärgerung, die in den letzten Tagen die Bevölkerung Berlins ergriffen hatte, und die von den Kommunisten mit Fleiß geschürt worden ist, heute abermals mit einem kommunistischen Abgeordneten Roosen herum bei der letzten Rede des Kanzlers Dr. Cuno verknüpft hatten.
Dr. Stresemann ist allerdings ein anderer parlamentarischer Redner, als es der frühere Kanzler war, dem die Schlagfertigkeit heute seine Rede begann, wurde er ebenso, wie vor wenigen Tagen Herr Cuno von den Kommunisten mit lärmenden Rufen empfangen. „Für Stinnes und Poincaré!“, riefen die Kommunisten. Aber Dr. Stresemann ließ sich nicht irre machen, hielt auch Mitglieder des neuen Kabinetts dem Hause vor. Als dann im weiteren Verlauf seiner Rede die Kommunisten unausgesetzt neue Mißverständnisse machten und dabei von Präsident Lübe mit ziemlicher Heftigkeit behandelt wurden, fand es Dr. Stresemann im Gegensatz zu seinem Vorgänger für angebracht selbst von diesem Platze des Kanzlers aus, sich gegen diese Angriffe energisch zu verteidigen.
Mehr als einmal ließ der Reichskanzler sein Manuskript liegen und tief den Kommunisten schlagfertige Entgegnungen zu, die dem Hause begleitet, die Ruhestörer in ihre Schranken wiesen. Am Ende wohl verstehen, daß sie über den Mißerfolg ihres Generalkreises so verzagt seien, aber der Sinn der Demonstration, an den die Kommunisten dauernd appellierten, bestehe doch wohl darin, daß die Mehrheit, und nicht die Minderheit die Herrschaft haben soll.

Der Eindruck der Rede des Kanzlers entsprach der klaren, bestimmten und energischen Form, in der sie vorgetragen wurde, und das Haus wandte sich dann sofort der Besprechung zu.

Sitzungsbericht.

Vor dem Eintritt in die Tagesordnung stellten die Kommunisten zunächst zwei Anträge, worin sie die Aufhebung der Ausnahmeverordnung vom 10. August und die Beratung kommunistischer Anträge nach Aufhebung des Verbotes öffentlicher Versammlungen unter freiem Himmel auf die Tagesordnung gesetzt haben wollten. Der Abg. Roosen ergriff dazu zweimal das Wort zu einer Geschäftsordnungserklärung. Aber beide Anträge wurden vom Hause abgelehnt. Nun erteilte Präsident Lübe das Wort dem Reichskanzler Dr. Stresemann:

Der Kanzler ging zunächst mit Worten des Dankes und der Anerkennung auf die Tätigkeit seines Vorgängers ein und führte dann aus, das Ausland möge nicht glauben, daß der Kabinettswechsel ein Zeichen deutscher Schwäche sei. Dieses Kabinetts sei auf breiter parlamentarischer Basis aufgebaut und wird vielmehr jeden Versuch einer Vergewaltigung Deutschlands abwehren.

Zur Erreichung dieses Zieles brauchen wir ein Zusammenwirken des Reiches mit den Ländern. Das Kabinettsmitglied hat volles Verständnis für den Drang nach Eigenleben in den deutschen Ländern. Dieser Drang braucht aber nicht Konsequenzen zu haben, an die Sie (zu den Kommunisten gewendet, die den Ruf „Bayern!“ gemacht hatten) erinnern. Wer den Versuch macht, gewalttätige Angriffe gegen den Staat und seine Verfassung zu richten, der wird auf den unerbittlichen Willen der Reichsregierung stoßen, diesen Gewalttätigkeiten mit allen Kräften zu begegnen. Die Reichsregierung hat den Willen und die Macht, das zu tun, und sie wird diese Mittel einsetzen gegen jeden, der sich anmaßt, den Staat und seine Verfassung anzugreifen. Der passive Widerstand am Rhein und an der Ruhr, der aus dem Willen der Bevölkerung entspringt, wird von der englischen Regierung unabweisbar als berechtigt anerkannt. Die Reichsregierung ist auch ihrerseits damit einverstanden, die Frage über Recht oder Unrecht der Ruhraktion einem unparteiischen Schiedsgericht zu übertragen. Nummehr gab der Reichskanzler eine ganz bedeutende Erklärung ab über die

Stellungnahme der Reichsregierung zu dem Ruhr- und Rhein-Problem.

Die Erklärung hatte folgenden Wortlaut, den der Kanzler mit besonderem Nachdruck bekanntgab:
Wir sehen uns danach, die Ruhrbevölkerung zur Arbeit zurückzuführen. Aber Arbeit und Freiheit sind für das Ruhrgebiet identische Begriffe. Wenn uns die Freiheit und unabhängige Verfügung über das Ruhrgebiet wieder eingeräumt ist, wenn jedem vergewaltigten Deutschen Freiheit und Heimat wieder gegeben ist, werden wir nach einer uns gewährten Atempause auch die Mittel für eine Regelung der Reparationsfrage aufbringen können, sofern die uns auferlegten Lasten bei höchster Arbeitsleistung die Existenz unseres Staates und Volkes ermöglichen.

Der Reichskanzler verwies dann in der Frage der Außenpolitik auf seine letzte Rede, die er vor wenigen Tagen im Reichstage gehalten hat. Die beste und aktivste Außenpolitik, die wir entfalten können, sei die Ordnung der deutschen Verhältnisse im Innern. Das Bedürfnis nach Wertbeständigkeit in Preisen, Steuern und Währungen werde die Regierung mit allen Kräften zu befriedigen suchen. In dieser Frage gäbe es keine Parteinteressen. Wer heute seine Produkte zurückhalte, verlände sich am Vaterlande, ebenso derjenige, der Streik in der Erntezeit veranlasse. Der Kanzler begrüßte die Bereitwilligkeit der Wirtschaftskreise zur Garantie für die Goldanleihe und drückte die Hoffnung aus, daß diese Bereitwilligkeit dauernd sein werde, damit die Regierung in der Lage sei, auf staatliche Zwangsmaßnahmen zu verzichten.

Die Wertbeständigkeit der Löhne

erklärte er als eine dringende und berechtigte Forderung, warnte aber davor, den Goldwert aus der Friedenszeit zugrunde zu legen, weil sonst Deutschlands Wettbewerb auf dem Weltmarkt sehr geschwächt werde. Jeder, der gesunden Menschenverstand hat, müsse einsehen, daß eine Wiederkehr des Geldes der Vorkriegszeit unmöglich sei. Die Reichsregierung sei einmütig der Auffassung, daß die Sicherung ihrer Maßnahmen durch die Reichsbank und deren Leistungen gewährleistet werden müsse. Die dringende Not des Volkes verlange sofortige Hilfe. Darum bat er im Namen der Regierung, die Aussprache über die Regierungserklärung mit der Beratung der Goldanleihe zu verbinden, und diese schnell zu verabschieden. Die Schlussworte der Rede Stresemanns lauteten:
Verloren ist nur, wer sich selbst aufgibt. Das deutsche Volk hat das Recht, an Deutschlands Zukunft

zu glauben, und die Regierung hat die Pflicht, diese Zukunft zu sichern.

Vertrauensantrag der Regierungs-Parteien.

Der Reichstag trat sofort in die Besprechung der Reichskanzlerrede ein, und als erster Redner sprach der Sozialdemokrat Müller-Franken die Erwartung aus, daß die neue Regierung die Steuererlässe entsprechend den sozialdemokratischen Forderungen energig durchzuführen werde. In der Ruhraktion wünsche die Sozialdemokratie von der Regierung, daß sie sich nicht auf England verlasse, sondern uns selbst vorwärts führe. Die Reichswehr und Schutzpolizei dürfe nur der verfassungsmäßigen Regierung zur Verfügung stehen, und die Reichswehr dürfe keine Verbindung mit ungesetzlichen Organisationen aufrecht erhalten. Die verfehlte Arbeit der Reichsbank und der vorigen Regierung habe das deutsche Volk ins Elend gebracht. Die neue Regierung sei nicht für die Fehler der vorigen verantwortlich, und wenn sie diese Fehler wieder gut mache, werde sie volle Unterstützung der Sozialdemokratie finden.

Inzwischen war von den vier Regierungsparteien folgender Antrag eingegangen: „Der Reichstag billigt die Erklärung der Reichsregierung und spricht ihr das Vertrauen aus.“

Abg. Marx betonte, es gelte nicht zu reden, sondern zu handeln. Die Regierung genieße das Vertrauen des Zentrums. Für die Deutschnationalen erklärte der Abgeordnete Herzig, seine Partei lehne die Verantwortung für die Wirkungen des Regierungswechsels ab und erblicke in dem Vorgehen der Regierungsparteien ein gefährliches Spiel mit den höchsten Interessen von Volk und Vaterland. Er verlangte, daß alle Formen und Mittel des Widerstandes Anwendung finden müßten, die angeht des verschärften feindlichen Druckes Erfolg versprächen. Die große Koalition würde, so meinte er, unter sozialdemokratischen Einfluß gelangen und wieder dem Terror der Kabinete auf der rechten und linken ein Ende machen, noch die wirtschaftliche Not beheben. Die Deutschnationale Partei versage deshalb der Regierung das Vertrauen.

Im Namen der Deutschen Volkspartei begrüßte der neugewählte erste Fraktionsvorsitzende der Volkspartei Dr. Scholz die Regierungserklärung und sagte der Regierung vollste Unterstützung zu. Die Deutsche Volkspartei habe jetzt das größte Opfer gebracht, indem sie ihren besten Mann zur Führung der Reichsgeschäfte zur Verfügung gestellt habe. Es sei der heißeste Wunsch der Partei, daß dieses Opfer nicht vergebens sei.

Der demokratische Abg. Dr. Petersen wünschte vor allem die Durchführung der Wertbeständigkeit für alle Zahlungsverhältnisse. Er erklärte es für erfreulich, daß man jetzt die Notwendigkeit einer Zusammenfassung der Parteien eingesehen habe.

Der Abg. Leicht (Bayer. Volkspartei) dankte dem Reichskanzler für seine Worte über das Verhältnis des Reiches zu den Ländern. Er erblicke darin eine Voraussetzung für den Wiederaufbau des Vaterlandes. Er stimmte dem ersten Teil des Vertrauensvotums zu, worin die Regierungserklärung gebilligt werde, lehnte es aber ab, der Regierung besonderes Vertrauen auszusprechen, weil die Bayerische Volkspartei erst die Taten der Regierung abwarten wolle.

Dann richtete der Kommunist Frölich heftige Angriffe gegen das neue Kabinettsmitglied, welches er eine Regierung der Kapitulation nannte, die nur die alte Bankrottspolitik fortsetzen würde.

Ebenso wie die Kommunisten wandte sich auch der deutsch-völkische Abg. Wulle scharf gegen die neue Regierung. Er erklärte, kein völkischer Mann könne Vertrauen zu einer Regierung haben, deren Finanzminister ein österreichischer Jude sei.

Auch der unabhängige Sozialdemokrat Ledebour sprach dem Kabinettsmitglied sein Mißtrauen aus.

Dann hielt der Abg. Freischied als Vertreter des linken Flügels der Vereinigten Sozialdemokratie eine Rede, in der er den Gedanken der großen Koalition verteidigte und die kommunistischen Angriffe zurückwies. Er behauptete den Miß, den die Kommunisten in der Arbeiterbewegung gemacht hätten, und stellte fest, daß zwar für jeden Sozialdemokraten eine Arbeiterregierung wünschenswert sei, daß aber die Sozialdemokratie davon überzeugt wäre, daß man gegenwärtig eine solche Regierung unmöglich bilden könne, und daß infolgedessen die Vereinigung mit den bürgerlichen Mittelparteien der einzig richtige Weg wäre, um möglichst viel Einfluß seitens der Sozialdemokratie auf die Regierungsgeschäfte zu gewinnen.

Vertikale und sächsische Angelegenheiten.

Pulsnitz. (Lehrungsdemonstrationen.)
Wie in vielen anderen Orten Sachsens fand am Dienstag nachmittag in der 7. Stunde auch hier eine Lehrungsdemonstration statt. Vor dem „Herrnhaus“ versammelten sich mehrere Personen und zogen dann nach der Meißner Seite, um hier unter Beisein des